

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2007 — 3704

[C – 2007/33063]

**15. MAI 2007 — Erlass der Regierung
zur Genehmigung der Geschäftsordnung des Medienrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Auf Grund des Dekretes vom 27. Juni 2005 über den Rundfunk und die Kinovorstellungen, insbesondere des Artikels 86 § 1 Satz 2;

Auf Vorschlag des für Medien zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - Die am 18. April 2007 angenommene Geschäftsordnung des Medienrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird genehmigt. Sie wird als Anlage zu diesem Erlass veröffentlicht.

Art. 2 - Vorliegender Erlass tritt am Tage seiner Verabschiedung in Kraft.

Art. 3 - Der für Medien zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.
Eupen, den 15. Mai 2007

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden
K.-H. LAMBERTZ

Die Ministerin für Kultur und Medien,
Denkmalschutz, Jugend und Sport
Frau I. WEYKMANS

Anlage zum Erlass der Regierung vom 15. Mai 2007
zur Genehmigung der Geschäftsordnung des Medienrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Geschäftsordnung des Medienrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft gemäß Art. 86 des Dekretes vom 27. Juni 2005
über den Rundfunk und die Kinovorstellungen

KAPITEL 1 — *Allgemeine Vorschriften*

Artikel 1

Definitionen

Im Sinne dieser Geschäftsordnung gilt als:

- Regierung: die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
- Betreuer: das mit der Betreuung des Medienrates betraute Personalmitglied des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
- Plenum: die gemeinsam tagenden Beschluss- und Gutachtenkammern;
- Dekret: das Dekret über den Rundfunk und die Kinovorstellungen vom 27. Juni 2005.

Artikel 2

Sitz, Korrespondenzanschrift

- (1) Der Sitz des Medienrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist in Eupen.
- (2) Die Versammlungen der Kammern finden am Sitz des Medienrates oder am vom Präsidenten beschlossenen Ort statt.
- (3) Die Korrespondenzanschrift ist Gospertstraße 1 in 4700 Eupen.

Artikel 3

Allgemeine Aufgaben

(1) Der Medienrat ist eine unabhängige Verwaltungsbehörde mit Rechtspersönlichkeit, die der Rechtsaufsicht der Regierung gemäß Artikel 96 des Dekretes untersteht. Die Aufgaben des Medienrats ergeben sich aus dem Dekret vom 27. Juni 2005 über den Rundfunk und die Kinovorstellungen. Unbeschadet des Artikels 89 des Dekretes vertritt der Medienrat bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben die Interessen der Allgemeinheit.

(2) Gemäß Artikel 94 des Dekretes arbeitet der Medienrat mit den übrigen Regulierungsbehörden bei der Erledigung der ihnen übertragenen Aufgaben zusammen.

Artikel 4

Unabhängigkeit

- (1) Die Mitglieder des Medienrates sind nicht an Weisungen gebunden.
- (2) Zum Schutz der Unabhängigkeit der Mitglieder des Medienrates und zur Sicherung der Nichtöffentlichkeit der Sitzungen ist der Hergang bei den Beratungen und Abstimmungen vertraulich.
- (3) Unvereinbarkeiten sind von dem betreffenden Mitglied dem Präsidenten des Medienrates mitzuteilen. Der Präsident stellt die vorzeitige Beendigung der Amtszeit eines Mitglieds fest und teilt diese der Regierung mit.

Artikel 5

Berufs- und Geschäftsgeheimnis

Die Mitglieder, Ersatzmitglieder, beratende Mitglieder des Medienrates sowie der Betreuer und die Sachverständigen halten das Berufs- und Geschäftsgeheimnis für die Tatsachen, die ihnen in ihrer Tätigkeit für den Medienrat bekannt geworden sind, ein. Dies gilt auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit.

Artikel 6

Berufsethos

(1) Die Mitglieder der Beschlusskammer nehmen keine Anweisungen entgegen, wenn sie ihre Aufgaben wahrnehmen.

(2) Stellt ein Mitglied der Beschlusskammer fest, dass es oder ein anderes Mitglied sich in einem Interessenkonflikt befindet, muss es dies vor Beratung des Tagesordnungspunktes in geeigneter Weise bekannt geben.

(3) Das betroffene Mitglied nimmt die Ablehnung an oder trägt die Gründe für seine Verweigerung vor. Wird die Verweigerung von den anderen Mitgliedern der Beschlusskammer angenommen, ist die Beschlusskammer beschlussfähig.

(4) Wird ein Interessenkonflikt bei einer bereits getroffenen Entscheidung im Nachhinein festgestellt, so kann diese Entscheidung gemäß den Grundsätzen über den Entzug von Verwaltungsakten widerrufen werden.

Artikel 7

Ladungen und Geschäftsgang

(1) Der Präsident beruft die Sitzungen der Kammern sowie des Plenums ein und leitet sie.

(2) Die Ladung wird mindestens 10 Werktage vor der Sitzung der Beschlusskammer und mindestens 15 Werktage vor der Sitzung der Gutachtenkammer oder vor der Plenarsitzung zugestellt. Im Juli und August wird diese letzte Frist um 5 Werktage verlängert.

(3) Der Präsident muss eine Sitzung der jeweiligen Kammer einberufen, wenn zwei Mitglieder der Beschlusskammer bzw. mehr als die Hälfte der Mitglieder der Gutachtenkammer dies beantragen. Der Antrag ist schriftlich beim Präsidenten einzureichen und enthält:

1. die zu behandelnden Tagesordnungspunkte der Sitzung,
2. eine Begründung zu den einzelnen Tagesordnungspunkten,
3. die zur Entscheidungsfindung erforderlichen Unterlagen und
4. für die Beschlusskammer den ausgearbeiteten Beschlussentwurf und für die Gutachtenkammer den ausgearbeiteten Gutachtenentwurf.

Der Präsident muss die Gutachtenkammer innerhalb einer Frist von 15 Werktagen nach Eingang des Antrages einberufen.

Der Präsident muss die Beschlusskammer innerhalb einer Frist von 10 Werktagen nach Eingang des Antrages einberufen.

(4) Die Ladung wird per Schreiben, Telefax, E-Mail oder andere Mittel, die das Mitglied, das Ersatzmitglied bzw. das beratende Mitglied annimmt, zugeschickt.

(5) Die Ladung enthält:

1. die Angabe über Ort, Datum und Uhrzeit der Sitzung;
2. die Tagesordnung sowie eine Abschrift des Antrages/der Anträge zur Tagesordnung, die von Mitgliedern gemäß Artikel 7 Absatz 3 dieser Geschäftsordnung beim Präsidenten hinterlegt wurden;
3. die Unterlagen, die zur Beratung und zur Entscheidungsfindung erforderlich sind;
4. für die Beschlusskammer den ausgearbeiteten Beschlussentwurf und für die Gutachtenkammer den ausgearbeiteten Gutachtenentwurf.

(6) Ist ein Mitglied verhindert an der Sitzung teilzunehmen, ist es verpflichtet, dies dem Präsidenten, seinem Ersatzmitglied und dem Betreuer unverzüglich mitzuteilen.

Artikel 8

Ersatzmitglieder

(1) Für die Anwendung dieser Geschäftsordnung werden die Ersatzmitglieder grundsätzlich den Mitgliedern gleichgestellt.

(2) Ein Ersatzmitglied darf nur an den Sitzungen teilnehmen, wenn das ordentliche Mitglied verhindert ist.

Artikel 9

Tagesordnung

(1) Die Tagesordnungen der Kammern bzw. des Plenums werden vom Präsidenten festgelegt. Artikel 7 Absatz 3 dieser Geschäftsordnung bleibt hiervon unberührt.

(2) Mitglieder der Gutachtenkammer können Anträge zur Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung der Gutachtenkammer stellen. Der Antrag muss mindestens 5 Werktage vor dem Tagungstermin beim Präsidenten eingehen und die erforderlichen Unterlagen und Informationen umfassen.

Zu Beginn der Sitzung trägt der Präsident die vorliegenden Anträge vor. Ein Antrag muss nur dann behandelt werden, wenn

1. mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist und
2. mindestens 2/3 der Anwesenden zustimmen.

(3) Die Kammern und das Plenum können beschließen, einen Tagesordnungspunkt nicht zu beraten. Der Beschluss zur Absetzung oder Vertagung eines Tagesordnungspunktes kann nur dann gefasst werden, wenn

1. mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist und
2. mindestens 2/3 der Anwesenden zustimmen.

(4) Wenn Tagesordnungspunkte in einer Sitzung aus Zeitgründen nicht abgehandelt werden können, müssen sie in die Tagesordnung der darauf folgenden Sitzung aufgenommen werden.

Artikel 10

Beschlussfähigkeit

(1) Die Kammern und das Plenum sind beschlussfähig, wenn:

1. die Ladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgte und
2. mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist.

(2) Die Beschlussfähigkeit wird vom Präsidenten zu Beginn der Sitzung und vor jeder Abstimmung festgestellt. Ist die Beschlussfähigkeit nicht gegeben, unterbricht der Präsident die Sitzung für bis zu 60 Minuten. Ist die Beschlussfähigkeit nach Wiederaufnahme der Sitzung immer noch nicht gegeben, schließt der Präsident die Sitzung. Die Tagesordnungspunkte sind in die Tagesordnung der darauf folgenden Sitzung aufzunehmen. In dieser Sitzung ist die Gutachtenkammer bzw. das Plenum ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig.

(3) Artikel 98 Satz 2 des Dekretes (Eilentscheidungen des Präsidenten) bleibt hiervon unberührt.

Artikel 11

Beratungen

(1) Der Präsident eröffnet die Beratung über die einzelnen Punkte der Tagesordnung der Beschlusskammer, der Gutachtenkammer bzw. des Plenums bzw. der Ausschüsse.

(2) Das Wort wird während der Sitzung in der Reihenfolge der Beantragung erteilt.

(3) Der Präsident schließt die Beratung über einen Tagesordnungspunkt:

1. wenn keine Wortmeldungen mehr zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegen. Der Präsident kann die Mitglieder auffordern, sich in der Rednerliste einzutragen und diese abzuschließen.

2. wenn mehr als die Hälfte der anwesenden Mitglieder einem Antrag auf Beendigung der Debatte zustimmt.

(4) Anträge zur Geschäftsordnung haben Vorrang vor den Sachdebatten; sie sind vom Präsidenten unmittelbar zur Abstimmung zu bringen. Liegen nach Sachdebatten mehrere Entscheidungsanträge vor, stellt der Präsident zunächst fest, welcher der Anträge der weitestgehende ist und wie sich die Reihenfolge der übrigen Anträge darstellt; entsprechend dieser Reihenfolge ist dann zunächst über den weitestgehenden Antrag abzustimmen.

(5) Der Präsident schließt die Beratungen.

Artikel 12

Nichtöffentlichkeit der Sitzungen

(1) Die ordentlichen Sitzungen sind grundsätzlich nicht öffentlich. Über Ausnahmen oder für bestimmte Angelegenheiten kann die jeweilige Kammer beschließen.

(2) Veranstalter oder deren Vertreter können auf Beschluss der Gutachtenkammer zu Sitzungen hinzugezogen werden, soweit die von ihnen veranstalteten Programme betroffen sind.

Artikel 13

Eilentscheidungen des Präsidenten

Gemäß Artikel 98 des Dekretes kann der Präsident Eilentscheidungen treffen.

Artikel 14

Tätigkeitsbericht, Unterrichtung der Öffentlichkeit

(1) Gemäß Artikel 88 des Dekretes wird jährlich ein Tätigkeitsbericht abgegeben, der in geeigneter Weise zu veröffentlichen ist. Über die Tätigkeiten beider Kammern wird berichtet.

(2) Jede Kammer beschließt, welche Ergebnisse ihrer Beratungen in geeigneter Form der Öffentlichkeit mitgeteilt werden.

(3) Es wird eine Website des Medienrates geschaffen. Artikel 105 des Dekretes ist zu beachten.

Artikel 15

Finanzplan

Der Präsident erstellt jedes Jahr einen Finanzplan für das darauffolgende Kalenderjahr. Der Präsident legt diesen Plan dem Plenum zur Abstimmung vor.

KAPITEL 2 – Präsident des Medienrates

Artikel 16

Aufgaben des Präsidenten

Gemäß Artikel 86 §2 des Dekretes vertritt der Präsident den Medienrat gerichtlich und außergerichtlich. Er führt die laufenden Geschäfte des Medienrates, bereitet die Entscheidungen der Beschlusskammer und der Gutachtenkammer vor und vollzieht sie. Er nimmt die im Dekret und in dieser Geschäftsordnung genannten Aufgaben wahr.

Artikel 17

Verhinderung des Präsidenten bei Sitzungen

Bei Verhinderung des Präsidenten bei Sitzungen wird dieser

1. vom stellvertretenden Präsidenten der Beschlusskammer in der Beschlusskammer vertreten,
2. vom Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses in der Gutachtenkammer sowie im Plenum vertreten.

KAPITEL 3 – Beschlusskammer des Medienrates

Artikel 18

Sitzungen der Beschlusskammer

Die Beschlusskammer tritt nach Bedarf, mindestens aber dreimal im Jahr zu einer Sitzung zusammen.

Artikel 19

Abstimmungen, Umlaufbeschlussfassung

(1) Die Entscheidungen der Beschlusskammer werden gemäß Artikel 98 des Dekretes getroffen.

(2) Zwischen den Sitzungen der Beschlusskammer können Beschlüsse im Umlaufverfahren gefasst werden. Das Umlaufverfahren wird vom Präsidenten eingeleitet.

Artikel 20

Niederschriften

(1) Von jeder Sitzung der Beschlusskammer wird eine Niederschrift gefertigt, die spätestens mit der Ladung zur nächsten Sitzung zugestellt und in dieser Sitzung in einem gesonderten Tagesordnungspunkt zur Annahme unterbreitet wird. Die genehmigte Niederschrift wird vom Präsidenten unterschrieben und in einem besonderen Register eingetragen.

(2) Jede Niederschrift muss enthalten:

1. die Angaben zu Tagungsort und Tagungszeit;
2. die Namen der anwesenden Mitglieder;
3. die Namen der nicht anwesenden entschuldigten und nicht entschuldigten Mitglieder;
4. die zu Beginn der Sitzung angenommene Tagesordnung;
5. den Wortlaut der gefassten Beschlüsse;
6. eine Ergebnisniederschrift;
7. die eventuelle Vertagung von Tagesordnungspunkten, die in der Sitzung aus Zeitgründen nicht abgehandelt werden konnten.

KAPITEL 4 – Gutachtenkammer des Medienrates

Artikel 21

Sitzungen der Gutachtenkammer

Die Gutachtenkammer tritt nach Bedarf, mindestens aber dreimal im Jahr zu einer Sitzung zusammen.

Artikel 22

Abstimmungen

(1) Beschlüsse, Entscheidungen und Gutachten gleich welcher Art (Beschlüsse) erfolgen mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmgleichheit ist die Stimme des Präsidenten gemäß Artikel 115 des Dekretes ausschlaggebend. Stimmenthaltungen sind nicht zulässig. Liegt innerhalb der Gruppe der Medienanbieter oder Mediennutzer der Gutachtenkammer weder eine Stimmenmehrheit noch eine Stimmgleichheit vor, kann diese Gruppe ein Minderheitsgutachten abgeben.

(2) In der Regel wird durch Handzeichen abgestimmt. Auf Verlangen des Präsidenten oder mindestens der Hälfte der anwesenden Mitglieder ist über einen Beschlussantrag geheim abzustimmen.

(3) Der Beschluss ist sofort wirksam und bedarf nicht der Zustimmung der entsprechenden Niederschrift, es sei denn, dies wird ausdrücklich vorgesehen.

Artikel 23

Ausschüsse

(1) Die Gutachtenkammer bildet aus ihrer Mitte einen ständigen Ausschuss für die Bearbeitung:

a) der an die Gutachtenkammer gerichteten Anträge auf Abgabe eines vorhergehenden Gutachtens bei Entscheidungen der Regierung nach Artikel 114 § 1 Ziffer 1 des Dekretes (Anerkennungen, Liste von Großereignissen, Widersetzung oder Verbot der Verbreitung, Nutzungsordnung des Offenen Kanals),

b) der an die Gutachtenkammer gerichteten Beschwerden im Sinne von Artikel 114 § 1 Ziffer 5 des Dekretes.

(2) Die Gutachtenkammer kann Fachausschüsse einsetzen zwecks Vorbereitung der Beschlüsse, Entscheidungen oder Gutachten, die sie im Rahmen der ihr übertragenen Aufgaben zu fassen hat. Sie legt bei der Bildung der Ausschüsse deren Aufgabenbereich fest.

(3) Der ständige Ausschuss und die Fachausschüsse bestehen aus vier Mitgliedern, wobei zwei Mitglieder der Gruppe der Medienanbieter und zwei Mitglieder der Gruppe der Mediennutzer angehören. In jedem Ausschuss sollen Frauen mindestens entsprechend ihrem Anteil an der Mitgliedschaft in der Gutachtenkammer vertreten sein. Aus der Mitte des jeweiligen Ausschusses wird ein Vorsitzender bezeichnet.

Stellt ein Mitglied fest, dass es oder ein anderes Mitglied sich in einem Interessenkonflikt befindet, muss es dies vor Beratung erwähnen und darf nicht tagen.

(4) Der Ausschussvorsitzende lädt zu den Sitzungen des jeweiligen Ausschusses ein, legt deren Tagesordnung fest und leitet sie. Die Sitzungen der Ausschüsse sind nicht öffentlich.

Die Ausschüsse können zu ihren Beratungen externe Sachverständige hinzuziehen.

(5) Beschlüsse werden in den Ausschüssen mit mehr als die Hälfte der anwesenden Mitglieder getroffen.

(6) Gutachtenentwürfe, die die Ausschüsse ausgearbeitet haben, sind von mindestens drei Mitgliedern des jeweiligen Ausschusses zu unterzeichnen. Sie werden den Mitgliedern der Gutachtenkammer mit der Ladung zu der Sitzung, auf der das Gutachten zur Tagesordnung steht, als Beschlussvorlage zugestellt.

Artikel 24

Niederschriften

(1) Der Betreuer fertigt von jeder Sitzung der Gutachtenkammer eine Niederschrift, die mit der Ladung zur nächsten Sitzung zugestellt und in dieser Sitzung in einem gesonderten Tagesordnungspunkt zur Annahme unterbreitet wird. Die genehmigte Niederschrift wird vom Präsidenten und vom Betreuer unterschrieben und in einem besonderen Register eingetragen.

(2) Sofern der Betreuer verhindert ist, wird die Niederschrift vom jüngsten anwesenden Mitglied verfasst.

(3) Jede Niederschrift muss enthalten:

1. die Angaben zu Tagungsort und Tagungszeit;
2. die Namen der anwesenden Mitglieder, der sie vertretenden Ersatzmitglieder und die Namen der anwesenden beratenden Mitglieder;
3. die Namen der nicht anwesenden entschuldigten und nicht entschuldigten Mitglieder;
4. die zu Beginn der Sitzung angenommene Tagesordnung;
5. den Wortlaut der gefassten Beschlüsse und verabschiedeten Gutachten;
6. den Wortlaut der Minderheitsgutachten, die gemäß Artikel 115 Absatz 2 des Dekretes abgegeben werden;

7. eine zusammenfassende Darstellung der von den Mitgliedern und beratenden Mitgliedern vertretenen Standpunkte;
8. das Ergebnis der Abstimmungen und
9. die eventuelle Vertagung von Tagesordnungspunkten, die in der Sitzung aus Zeitgründen nicht abgehandelt werden konnten.

Artikel 25

Gutachten

Alle Beschlüsse der Gutachtenkammer werden vom Präsidenten und vom Betreuer unterzeichnet und in einem besonderen Beschlussregister eingetragen.

KAPITEL 5 — *Arbeitsverfahren*

Abschnitt 1 – Beschlusskammer

Artikel 26

Marktdefinition und -analyse

(1) Gemäß Artikel 65 des Dekretes führt die Beschlusskammer Konsultationen nach Artikel 103 des Dekretes durch, um die relevanten Dienste und räumlich relevanten Märkte festzulegen. Der Präsident kann einen oder mehrere Berichterstatter aus der Mitte der Beschlusskammer bezeichnen und diese damit beauftragen, eine öffentliche Anhörung zu organisieren und einen Beschlussentwurf auszuarbeiten.

(2) Nach Festlegung der relevanten Märkte führt die Beschlusskammer eine Analyse dieser Märkte durch, um festzustellen, ob wirksamer Wettbewerb besteht. Zu diesem Zweck kann der Präsident einen oder mehrere Berichterstatter aus der Mitte der Beschlusskammer bezeichnen, die ihre Schlussfolgerungen binnen drei Monaten übermitteln.

(3) Besteht kein wirksamer Wettbewerb, so gilt Artikel 66 Abs. 1 des Dekretes. Der Präsident kann einen oder mehrere Berichterstatter aus der Mitte der Beschlusskammer bezeichnen, die mit der Durchführung von Konsultationen nach Artikel 103 des Dekretes und die Ausarbeitung eines Beschlussentwurfes beauftragt sind.

(4) Besteht wirksamer Wettbewerb, so gilt Artikel 66 Abs. 2 des Dekretes.

Artikel 27

Außergerichtliche Streitbeilegung

Gemäß Art. 99 des Dekretes bietet die Beschlusskammer ihre Vermittlung bei außergerichtlichen Streitbeilegungen an.

Artikel 28

Beilegung von Streitigkeiten zwischen Unternehmen

Gemäß Art. 100 des Dekretes bietet die Beschlusskammer ihre Vermittlung bei der Beilegung von Streitigkeiten zwischen Unternehmen an.

Artikel 29

Untersuchung nach Artikel 121 des Dekretes

(1) Bei einer Untersuchung aus eigener Initiative nach Artikel 121 des Dekretes gilt Artikel 102 des Dekretes.

(2) Die Beschlusskammer entscheidet unter Ausschluss des Betreuers.

(3) Die mit Gründen versehene Entscheidung der Beschlusskammer wird dem/den Betroffenen mitgeteilt und gemäß Artikel 14 dieser Geschäftsordnung veröffentlicht.

Abschnitt 2 – Gutachtenkammer

Artikel 30

Gutachten nach Artikel 114 § 1 Ziffer 1 des Dekretes

(1) Die an die Gutachtenkammer gerichteten Anträge auf Abgabe eines vorhergehenden Gutachtens bei Entscheidungen der Regierung nach Artikel 114 § 1 Ziffer 1 des Dekretes (Anerkennungen, Liste von Großereignissen, Widersetzung oder Verbot der Verbreitung, Nutzungsordnung des Offenen Kanals) sind schriftlich an den Präsidenten zu richten und werden in einem besonderen Register eingetragen.

(2) Der Präsident beauftragt den ständigen Ausschuss nach Artikel 23 Absatz 1 mit der Ausarbeitung des Gutachtenentwurfs. Dieser ist mit der Ladung zur Sitzung der Gutachtenkammer, auf der das Gutachten auf der Tagesordnung steht, als Beschlussvorlage zuzustellen.

(3) Gemäß Artikel 114 § 2 des Dekretes sind diese Gutachten der Regierung innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Beantragung zu unterbreiten.

Artikel 31

Gutachten nach Artikel 114 § 1 Ziffer 2 des Dekretes

(1) Die Gutachtenkammer untersucht, ob ein Verstoß gegen die Bestimmungen des Dekretes oder der Ausführungsbestimmungen vorliegt:

a) aus eigener Initiative gemäß Artikel 114 § 1 Ziffer 2 Lit. a);

b) auf Antrag der Regierung nach Artikel 114 § 1 Ziffer 2 Lit. b) des Dekretes;

c) auf Antrag einer natürlichen oder juristischen Person gemäß Artikel 114 § 1 Ziffer 2 Lit. c) des Dekretes.

(2) Die Anträge auf Abgabe eines Gutachtens sind schriftlich an den Präsidenten zu richten. Diese Anträge sowie die aus eigener Initiative eingeleiteten Untersuchungen werden in einem besonderen Register eingetragen.

(3) Der Betreuer lässt dem Antragsteller umgehend eine Empfangsbestätigung zukommen, die ihn über den Verlauf des Verfahrens informiert. Er teilt der inkriminierten Partei den Eingang und den Inhalt des Antrags mit und fordert sie mit Fristsetzung zu einer schriftlichen Stellungnahme auf.

(4) Bei einer Untersuchung aus eigener Initiative nach Artikel 114 § 1 Ziffer 2 Lit. a) des Dekretes teilt der Betreuer der inkriminierten Partei den beanstandeten Verstoß gegen die Bestimmungen des Dekretes bzw. die Ausführungsbestimmungen mit. Er informiert sie über den Verlauf des Verfahrens.

(5) Der ständige Ausschuss nach Artikel 26 Absatz 1 untersucht, ob ein Verstoß vorliegt. Er fordert die inkrimierte Partei ggf. mit Fristsetzung auf, zusätzliche Auskünfte zu erteilen. Er führt eine Anhörung des Betroffenen durch.

Artikel 32

Beschwerden nach Artikel 114 § 1 Ziffer 5 des Dekretes

(1) Beschwerden gemäß Artikel 114 § 1 Ziffer 5 des Dekretes sind schriftlich an den Präsidenten zu richten und werden in einem besonderen Register eingetragen. Der Betreuer untersucht, ob ein Verstoß gegen die Bestimmungen des Dekretes oder der Ausführungsbestimmungen vorliegt. Anonyme Beschwerden werden nicht berücksichtigt.

(2) Der Betreuer lässt dem Antragsteller bzw. dem Beschwerdeführer umgehend eine Empfangsbestätigung zukommen, die ihn über den Verlauf des Verfahrens informiert. Er fordert ihn ggf. mit Fristsetzung auf, zusätzliche Auskünfte zu erteilen.

Nach Eingang der Beschwerde bzw. der zusätzlich angeforderten Auskünfte teilt der Betreuer der inkrimierten Partei den Eingang und den Inhalt der gegen sie gerichteten Beschwerde mit und fordert sie mit Fristsetzung zu einer schriftlichen Stellungnahme auf.

(3) Der Betreuer übermittelt die Akte dem in Artikel 23 Absatz 1 dieser Geschäftsordnung genannten ständigen Ausschuss der Gutachtenkammer mit allen Unterlagen.

(4) Der ständige Ausschuss führt eine Anhörung des Betroffenen durch. Er entscheidet in der Sitzung, in der er mit der Beschwerde befasst wird, ob und welche zusätzlichen Untersuchungen erforderlich sind; dabei werden die Parteien aufgefordert, der Gutachtenkammer die erforderlichen Auskünfte zu erteilen und alle angeforderten Unterlagen auszuhändigen.

(5) Nach Abschluss der Voruntersuchungen verfasst der ständige Ausschuss den Entwurf eines Gutachtens zu der eingegangenen Beschwerde, der der Gutachtenkammer in ihrer nächsten Sitzung zur Beratung und Beschlussfassung im Rahmen der vom Präsidenten vorzulegenden Tagesordnung unterbreitet wird.

(6) Die Gutachtenkammer:

a) verabschiedet ein Gutachten zu der Beschwerde;

b) entscheidet, ob sie ggf. der Regierung - sofern die Beschwerde begründet ist - in Ausführung von Artikel 114 § 1 Ziffer 2 a) des Dekretes einen begründeten Vorschlag zur Anwendung einer der in Artikel 120 des Dekretes genannten Ordnungsstrafen zu Lasten der inkrimierten Partei unterbreitet.

(7) Zugestellt wird das Gutachten:

1. der beschwerdeführenden Partei sowie der inkrimierten Partei innerhalb von 8 Tagen nach der Verabschiedung in der Gutachtenkammer mittels Einschreibebrief,

2. dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

3. der Regierung.

Artikel 33

Anregungen und Vorschläge nach Artikel 114 § 1 Ziffer 5 des Dekretes

(1) Anregungen und Vorschläge nach Artikel 114 § 1 Ziffer 5 des Dekretes sind schriftlich an den Präsidenten zu richten und werden in einem besonderen Register eingetragen.

(2) Der Betreuer stellt sie den Mitgliedern der Gutachtenkammer mit der Ladung zur nächsten Sitzung zu.

Es bleibt der Gutachtenkammer vorbehalten, aus eigener Initiative ein Gutachten im Sinne der Anregung bzw. des Vorschlages zu verabschieden.

Artikel 34

Andere Gutachten und Berichte

Fachausschüsse nach Artikel 23 Absatz 2 haben folgende Gutachten und Berichte auszuarbeiten:

— «Modellentwürfe deontologischer Regelwerke» nach Artikel 114 § 1 Ziffer 3;

— Gutachten über den Inhalt der Programme sowie die allgemeine Programmgestaltung des BRF nach Artikel 114 § 1 Ziffer 4 Lit. a);

— Gutachten über andere Themen im Medienbereich, die die Regierung der Gutachtenkammer unterbreitet nach Artikel 114 § 1 Ziffer 4 Lit. b);

— Bericht über die Rundfunklandschaft in der Deutschsprachigen Gemeinschaft nach Artikel 114 § 1 Ziffer 6.

KAPITEL 6 – Plenum

Artikel 35

Grundsatz

Das Plenum tagt mindestens zweimal im Jahr, um den Tätigkeitsbericht und den Finanzplan anzunehmen.

Artikel 36

Abstimmungen

Für die Abstimmungen des Plenums gilt Artikel 22 dieser Geschäftsordnung entsprechend.

KAPITEL 7 – Schlussbestimmung

Artikel 37

In-Kraft-Treten

Diese Geschäftsordnung tritt am Tage der Genehmigung durch die Regierung in Kraft.

Gesehen, um dem Erlass der Regierung vom 15. Mai 2007 zur Genehmigung der Geschäftsordnung des Medienrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft beigelegt zu werden

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden

K.-H. LAMBERTZ

Die Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport

Frau I. WEYKMANS

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2007 — 3704

[C — 2007/33063]

**15 MAI 2007. — Arrêté du Gouvernement
portant approbation du règlement d'ordre intérieur du conseil des médias de la Communauté germanophone**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 27 juin 2005 sur la radiodiffusion et les représentations cinématographiques, notamment l'article 86, § 1, 2^e phrase;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière de Médias;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. Le règlement d'ordre intérieur du Conseil des médias de la Communauté germanophone, adopté le 18 avril 2007, est approuvé. Il est publié en annexe au présent arrêté.

Art. 2. Le présent arrêté entre en vigueur le jour de son adoption.

Art. 3. Le Ministre compétent en matière de Médias est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 15 mai 2007.

Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux

K.-H. LAMBERTZ

La Ministre de la Culture et des Médias, de la Protection des Monuments, de la Jeunesse et des Sports

Mme I. WEYKMANS

Annexe à l'arrêté du Gouvernement du 15 mai 2007
portant approbation du règlement d'ordre intérieur du conseil des médias de la communauté germanophone
Règlement d'ordre intérieur du conseil des médias de la communauté germanophone conformément à l'article 86 du
décret du 27 juin 2005 sur la radiodiffusion et les représentations cinématographiques

CHAPITRE I. — *Dispositions générales*

Article 1

Définitions

Au sens du présent règlement, il faut entendre par :

- Gouvernement : le Gouvernement de la Communauté germanophone;
- agent de suivi : le membre du personnel du Ministère de la Communauté germanophone chargé du suivi du Conseil des médias;
- assemblée plénière : les chambres décisionnelles et d'avis réunies;
- décret : le décret du 27 juin 2005 sur la radiodiffusion et les représentations cinématographiques

Article 2

Siège, adresse de correspondance

- (1) Le siège du Conseil des médias de la Communauté germanophone est fixé à Eupen.
- (2) Les chambres se réunissent au siège du Conseil des médias ou à l'endroit déterminé par le président.
- (3) L'adresse de correspondance est « Gospertstraße 1 - 4700 Eupen ».

Article 3

Missions générales

(1) Le Conseil des médias est une autorité administrative indépendante qui jouit de la personnalité juridique et est soumise à la tutelle juridique du Gouvernement conformément à l'article 96 du décret. Les missions du Conseil des médias découlent du décret du 27 juin 2005 sur la radiodiffusion et les représentations cinématographiques. Sans préjudice de l'article 89 du décret, le Conseil des médias défend les intérêts de la collectivité lors de l'exercice de ces missions.

(2) Conformément à l'article 94 du décret, le Conseil des médias coopère avec les autres autorités de régulation dans l'exercice des missions qui lui sont confiées.

Article 4

Indépendance

- (1) Les membres du Conseil des médias ne sont pas liés par des instructions.
- (2) Afin de garantir l'indépendance des membres du Conseil des médias et la confidentialité des séances, les délibérations et votes sont confidentiels.
- (3) Les incompatibilités doivent être communiquées au président du Conseil des médias par le membre concerné. Le président constate la fin prématurée du mandat d'un membre et la communique au Gouvernement.

Article 5

Secret professionnel et commercial

Les membres effectifs, les membres suppléants et les membres ayant voix consultative du Conseil des médias ainsi que l'agent de suivi et les experts sont tenus au secret professionnel et commercial pour les faits dont ils ont eu connaissance de par leur activité au sein du Conseil des médias. Cela vaut aussi après la cessation de leur activité.

Article 6

Ethique professionnelle

- (1) Les membres de la chambre décisionnelle ne sont pas liés par des instructions dans l'exercice de leurs missions.
- (2) Si un membre de la chambre décisionnelle constate que l'un ou l'autre membre se trouve dans un conflit d'intérêt, il doit en fait part, de manière appropriée, avant que le point à l'ordre du jour ne soit débattu.
- (3) Le membre concerné accepte la récusation ou communique, le cas échéant, les motifs de son refus. Si le refus est accepté par les autres membres de la chambre décisionnelle, la chambre peut délibérer valablement.
- (4) Si un conflit d'intérêt est constaté après la prise d'une décision, cette décision peut être rapportée conformément aux principes du retrait d'actes administratifs.

Article 7

Convocation et déroulement des séances

- (1) Le président convoque aux séances des chambres et de l'assemblée plénière et les préside.
- (2) La convocation est notifiée au moins 10 jours ouvrables avant la séance pour la chambre décisionnelle et au moins 15 jours ouvrables avant la séance pour la chambre consultative et l'assemblée plénière. Ce délai est prolongé de 5 jours ouvrables en juillet et en août.
- (3) Le président doit convoquer à une séance lorsque deux membres de la chambre décisionnelle resp. plus de la moitié des membres de la chambre consultative en font la demande. La demande sera adressée par écrit au président et contiendra :
 - 1° les points à inscrire à l'ordre du jour de la séance;
 - 2° une justification des différents points;
 - 3° tout document pouvant être utile à la prise de décision ainsi que
 - 4° le projet de décision ou d'avis élaboré respectivement pour la chambre décisionnelle ou la chambre consultative.Le président doit convoquer la chambre consultative dans les 15 jours ouvrables et la chambre décisionnelle dans les 10 jours ouvrables suivant la réception de la demande.
- (4) La convocation est adressée par écrit, par fax ou par E-mail ou par tout autre moyen accepté par le membre, le membre suppléant ou le membre ayant voix consultative.
- (5) La convocation mentionne et/ou contient :
 - 1° les lieu, date et heure de la séance;
 - 2° l'ordre du jour ainsi qu'une copie de la (des) demande(s) adressée(s) au président par les membres conformément à l'article 7, alinéa 3, du présent règlement, à propos de l'ordre du jour;
 - 3° les documents nécessaires à la discussion et à la prise de décision;
 - 4° les projets de décision ou d'avis élaborés pour la chambre décisionnelle resp. la chambre consultative.
- (6) Si un membre est empêché, il est obligé d'en informer immédiatement le président, son suppléant et l'agent de suivi.

Article 8

Membres suppléants

- (1) Pour l'application du présent règlement, les membres suppléants sont en principe assimilés aux membres effectifs.
- (2) Un membre suppléant ne peut participer aux séances que lorsqu'un membre effectif est empêché.

Article 9

Ordre du jour

- (1) Les ordres du jour des chambres ou de l'assemblée plénière sont établis par le président, sans préjudice de l'article 7, alinéa 3, de ce règlement.
- (2) Les membres de la chambre consultative peuvent introduire des demandes visant à modifier ou compléter l'ordre du jour de la chambre consultative. La demande doit être introduite auprès du président au moins 5 jours ouvrables avant la date de la séance et comprendre les documents et informations nécessaires.

En début de séance, le président fait part des demandes. Une demande ne sera traitée que si

 - 1° plus de la moitié des membres sont présents et
 - 2° au moins 2/3 des membres présents marquent leur accord.
- (3) Les chambres et l'assemblée plénière peuvent décider de ne pas délibérer sur un point mis à l'ordre du jour. La décision de retirer ou de reporter un point de l'ordre du jour ne peut être prise que si
 - 1° plus de la moitié des membres sont présents et
 - 2° au moins 2/3 des membres présents sont d'accord.
- (4) Si des points inscrits à l'ordre du jour n'ont pu être débattus par manque de temps, ils doivent figurer à l'ordre du jour de la séance suivante.

Article 10

Quorum

- (1) Les chambres et l'assemblée plénière peuvent délibérer valablement lorsque
 - 1° la convocation à la séance est régulière;
 - 2° plus de la moitié des membres sont présents.
- (2) En début de séance et avant chaque vote, le président constate si le quorum est atteint. Si ce n'est pas le cas, le président lève la séance pour une durée maximale de 60 minutes. Si le quorum n'est toujours pas atteint lors de la reprise, le président clôt la séance. Les points inscrits à l'ordre du jour seront repris dans l'ordre du jour de la séance suivante. Lors de cette séance, la chambre consultative ou l'assemblée plénière peut délibérer valablement indépendamment du nombre de membres présents.
- (3) L'article 98, phrase 2, du décret (décisions prises en urgence par le président) n'en est pas affecté.

Article 11

Délibérations

(1) Le président ouvre les débats sur les différents points inscrits à l'ordre du jour de la chambre décisionnelle, de la chambre consultative, de l'assemblée plénière, voire des comités.

(2) Pendant la séance, la parole est accordée dans l'ordre où elle est demandée.

(3) Le président clôt les débats sur un point de l'ordre du jour

1° lorsqu'il n'y a plus de demande d'intervention sur ce point. Le président peut inviter les membres à s'inscrire sur une liste d'intervenants et arrêter cette liste;

2° lorsque plus de la moitié des membres présents approuvent une demande de fin de débat.

(4) Les demandes relatives au règlement d'ordre intérieur ont priorité sur les débats de fond; le président doit les soumettre immédiatement au vote. S'il y a plusieurs demandes de décision après des débats de fond, le président détermine d'abord quelle est la demande ayant la portée la plus « large » et l'ordre dans lequel les autres demandes seront traitées; conformément à cet ordre, le premier vote concernera la demande ayant la portée la plus large.

(5) Le président clôt les débats.

Article 12

Confidentialité des séances

(1) En principe, les séances ordinaires se déroulent à huis clos. Il revient à la chambre concernée de décider quant à des exceptions ou certaines matières.

(2) Sur décision de la chambre consultative, des organisateurs ou leurs représentants peuvent être invités à assister aux séances, dans la mesure où leurs programmes sont concernés.

Article 13

Décisions prises en urgence par le président

Le président peut prendre des décisions en urgence, conformément à l'article 98 du décret.

Article 14

Rapport d'activité, information du public

(1) Conformément à l'article 88 du décret, un rapport d'activité est remis annuellement et publié sous une forme appropriée. Le rapport concerne l'activité des deux chambres.

(2) Chaque chambre décide quels résultats de ses délibérations sont rendus publics sous une forme appropriée.

(3) Un site internet du Conseil des médias est créé dans le respect de l'article 105 du décret.

Article 15

Plan de financement

Chaque année, le président établit un plan de financement pour l'année civile suivante et le soumet au vote de l'assemblée plénière.

CHAPITRE II. — *Président du conseil des médias*

Article 16

Missions du président

Conformément à l'article 86, § 2, du décret, le président représente le Conseil des médias dans les actes judiciaires et extrajudiciaires. Il gère les affaires courantes du Conseil des médias, prépare les décisions de la chambre décisionnelle et de la chambre consultative et les exécute. Il assume les missions mentionnées dans le décret et dans ce règlement.

Article 17

Empêchement du président lors de séances

En cas d'empêchement, le président est représenté

1° par le président suppléant de la chambre décisionnelle lors de séances de cette chambre;

2° par le président du comité permanent lors de séances de la chambre consultative et lors d'une assemblée plénière.

CHAPITRE III. — *Chambre décisionnelle du conseil des médias*

Article 18

Séances de la chambre décisionnelle

La chambre décisionnelle se réunit suivant les besoins, avec un minimum de trois séances par an.

Article 19

Votes, décisions par procédure écrite

(1) Les décisions de la chambre décisionnelle sont prises conformément à l'article 98 du décret.

(2) Entre les séances de la chambre décisionnelle, des décisions peuvent être prises par procédure écrite. La procédure écrite est initiée par le président.

Article 20

Procès-verbaux

(1) Il est rédigé un procès-verbal de toute séance de la chambre décisionnelle, notifié au plus tard avec la convocation à la séance suivante et soumis à approbation en tant que point particulier de l'ordre du jour. Le procès-verbal approuvé est signé par le président et consigné dans un registre spécial.

(2) Tout procès-verbal doit mentionner

1° les lieu et heure de la séance;

2° le nom des membres présents;

3° le nom des membres absents, excusés et non excusés;

4° l'ordre du jour adopté en début de séance;

- 5° le libellé des décisions prises;
- 6° le résultat des votes;
- 7° l'éventuel report de points inscrits à l'ordre du jour qui n'ont pu être traités lors de la séance faute de temps.

CHAPITRE IV. — *Chambre consultative du conseil des médias*

Article 21

Séances de la chambre consultative

La chambre consultative se réunit suivant les besoins, avec un minimum de trois séances par an.

Article 22

Votes

(1) Quelle que soit leur nature, les décisions et avis de la chambre consultative sont pris à la majorité des suffrages exprimés, la voix du président étant prépondérante en cas de parité des voix, conformément à l'article 115 du décret. Les abstentions ne sont pas admises. Si aucune majorité ou parité ne se dégage au sein du groupe des opérateurs dans le domaine des médias ou de celui des utilisateurs de médias, le groupe concerné peut rendre un avis minoritaire.

(2) En règle générale, les votes se déroulent à main levée. À la demande du président ou d'au moins la moitié des membres présents, un vote portant sur une demande de décision, se déroulera à scrutin secret.

(3) La décision prend effet immédiatement et ne nécessite pas l'approbation du procès-verbal y afférent, à moins que cela ne soit expressément prévu.

Article 23

Comités

(1) La chambre consultative constitue en son sein un comité permanent chargé d'examiner

a) les demandes d'avis préliminaire aux décisions du Gouvernement conformément à l'article 114, § 1, 1°, du décret (agrégation, liste des événements majeurs, opposition à la diffusion, interdiction de diffusion, règlement d'utilisation de la chaîne ouverte);

b) les plaintes au sens de l'article 114, § 1, 5°, du décret adressées à la chambre consultative.

(2) La chambre consultative peut instituer des comités techniques en vue de préparer les décisions ou avis qu'elle doit prendre dans le cadre des missions qui lui sont confiées. Lors de la création des comités, elle en fixe les tâches.

(3) Le comité permanent et les comités techniques se composent de quatre membres, deux appartenant au groupe des opérateurs dans le domaine des médias et deux au groupe des utilisateurs de médias. Dans chaque comité, les femmes doivent au moins être représentées proportionnellement à leur présence au sein de la chambre consultative. Un président est désigné au sein de chaque comité.

Si un membre constate qu'il y a conflit d'intérêt pour lui-même ou un autre membre, il doit en faire part avant la délibération et ne peut siéger.

(4) Le président de comité convoque aux séances du comité, en fixe l'ordre du jour et les préside. Les séances des comités se déroulent à huis clos.

Les comités peuvent inviter des experts extérieurs à assister à leurs délibérations.

(5) Dans les comités, les décisions sont prises à la majorité des membres présents.

(6) Les projets d'avis élaborés par les comités sont signés par au moins trois membres du comité concerné. Ils sont notifiés aux membres de la chambre consultative, comme base de décision, avec la convocation à la séance à l'ordre du jour de laquelle est inscrit l'avis.

Article 24

Procès-verbaux

(1) L'agent de suivi rédige un procès-verbal de toute séance de la chambre consultative, lequel est notifié au plus tard avec la convocation à la séance suivante et soumis à approbation en tant que point particulier de l'ordre du jour. Le procès-verbal approuvé est signé par le président et l'agent de suivi et consigné dans un registre spécial.

(2) Si l'agent de suivi est empêché, le procès-verbal est établi par le plus jeune des membres présents.

(3) Tout procès-verbal doit mentionner

1° le lieu et heure de la séance;

2° le nom des membres présents, des suppléants et des membres présents ayant voix consultative;

3° le nom des membres absents, excusés et non excusés;

4° l'ordre du jour adopté en début de séance;

5° le libellé des décisions prises et avis rendus;

6° le libellé des avis minoritaires rendus conformément à l'article 115, alinéa 2, du décret;

7° un résumé des points de vue défendus par les membres et les membres ayant voix consultative;

8° le résultat des votes;

9° l'éventuel report de points inscrits à l'ordre du jour qui n'ont pu être traités lors de la séance faute de temps.

Article 25

Avis

Toutes les décisions de la chambre consultative sont signées par le président et l'agent de suivi et consignées dans un registre spécial.

CHAPITRE V. — *Fonctionnement**Section 1. — Chambre décisionnelle*

Article 26

Définition et analyse du marché

(1) Conformément à l'article 65 du décret, la chambre décisionnelle effectue les consultations visées à l'article 103 du décret afin de déterminer les services pertinents et les marchés géographiques pertinents. Le président peut désigner, au sein de la chambre décisionnelle, un ou plusieurs rapporteurs et les charger d'organiser une audition publique et d'élaborer un projet de décision.

(2) Après avoir déterminé les marchés géographiques pertinents, la chambre décisionnelle examine s'il existe une concurrence effective sur le marché analysé. À cette fin, le président peut désigner, au sein de la chambre décisionnelle, un ou plusieurs rapporteurs qui remettront leurs conclusions dans les trois mois.

(3) S'il n'y a pas de concurrence effective, c'est l'article 66, alinéa 1, du décret qui est d'application. Le président peut désigner, au sein de la chambre décisionnelle, un ou plusieurs rapporteurs et les charger de mener les consultations visées à l'article 103 du décret et d'élaborer un projet de décision.

(4) S'il y a concurrence effective, c'est l'article 66, alinéa 2, du décret qui est d'application.

Article 27

Résolution extrajudiciaire de litiges

Conformément à l'article 99 du décret, la chambre décisionnelle propose son intervention pour la résolution extrajudiciaire de litiges.

Article 28

Résolution de litiges entre entreprises

Conformément à l'article 100 du décret, la chambre décisionnelle propose son intervention pour la résolution de litiges entre entreprises.

Article 29

Enquête menée conformément à l'article 121 du décret

(1) En cas d'enquête d'initiative menée conformément à l'article 121 du décret, c'est l'article 102 du décret qui est d'application.

(2) La chambre décisionnelle statue en l'absence de l'agent de suivi.

(3) La décision motivée de la chambre décisionnelle est communiquée à l'intéressé (aux intéressés) et publiée conformément à l'article 14 de ce règlement.

Section 2. — Chambre consultative

Article 30

Avis visés à l'article 114, § 1, 1^o, du décret

(1) Les demandes d'avis préliminaire aux décisions du Gouvernement adressés à la chambre consultative conformément à l'article 114, § 1, 1^o, du décret (agrégation, liste des événements majeurs, opposition à la diffusion, interdiction de diffusion, règlement d'utilisation de la chaîne ouverte) sont adressées par écrit au président et consignées dans un registre spécial.

(2) Le président charge le comité permanent visé à l'article 23, alinéa 1, d'élaborer un projet d'avis. Celui-ci sera notifié, comme base de décision, avec la convocation à la séance à l'ordre du jour de laquelle est inscrit l'avis.

(3) Conformément à l'article 114, § 2, du décret, les avis seront soumis au Gouvernement dans les trois mois de la demande.

Article 31

Avis visés à l'article 114, § 1, 2^o, du décret

(1) La chambre consultative examine s'il y a infraction aux dispositions du décret ou aux dispositions qui portent exécution du décret

a) d'initiative, conformément à l'article 114, § 1, 2^o, a);

b) sur demande du Gouvernement, conformément à l'article 114, § 1, 2^o, b), du décret;

c) sur demande d'une personne physique ou morale, conformément à l'article 114, § 1, 2^o, c), du décret.

(2) Les demandes d'avis sont adressées par écrit au président. Ces demandes ainsi que les enquêtes d'initiative sont consignées dans un registre spécial.

(3) L'agent de suivi adresse immédiatement un accusé de réception au demandeur, l'informant sur le déroulement de la procédure. Il communique la date de réception à la partie incriminée ainsi que le contenu de la demande et l'invite à prendre position par écrit dans le délai imparti.

(4) En cas d'enquête d'initiative conformément à l'article 114, § 1, 2^o, a), du décret, l'agent de suivi communique à la partie incriminée l'infraction qui lui est reprochée, infraction aux dispositions du décret ou aux dispositions qui portent exécution du décret. Il l'informe sur le déroulement de la procédure.

(5) Le comité permanent visé à l'article 26, alinéa 1, examine s'il y a infraction. Il invite la partie incriminée à lui communiquer des renseignements complémentaires, le cas échéant dans un délai déterminé. Il entend l'intéressé.

Article 32

Plaintes visées à l'article 114, § 1, 5^o, du décret

(1) Les plaintes au sens de l'article 114, § 1, 5^o, du décret sont adressées par écrit au président et consignées dans un registre spécial. L'agent de suivi examine s'il y a infraction aux dispositions du décret ou aux dispositions qui portent exécution du décret. Les plaintes anonymes ne sont pas retenues.

(2) L'agent de suivi adresse immédiatement un accusé de réception au demandeur et/ou au plaignant, l'informant sur le déroulement de la procédure. Il l'invite à lui communiquer des renseignements complémentaires, le cas échéant dans un délai déterminé.

Dès réception de la plainte et/ou des renseignements complémentaires demandés, l'agent de suivi communique la date de réception à la partie incriminée ainsi que le contenu de la plainte introduite à son encontre et l'invite à prendre position par écrit dans le délai imparti.

(3) L'agent de suivi transmet le dossier avec tous les documents au comité permanent de la chambre consultative visé à l'article 23, alinéa 1, de ce règlement.

(4) Le comité permanent entend l'intéressé. Il décide, lors de la séance où il est saisi des plaintes, si des enquêtes complémentaires sont nécessaires et si oui, lesquelles. À cet effet, il invite les parties à fournir à la chambre consultative les renseignements nécessaires et les documents demandés.

(5) À l'issue des enquêtes préliminaires, le comité permanent établit le projet d'avis relatif aux plaintes introduites, avis qui sera soumis pour délibération à la chambre consultative lors de sa prochaine séance dans le cadre de l'ordre du jour que doit présenter le président.

(6) La chambre consultative

a) rend un avis sur les plaintes;

b) décide si, en application de l'article 114, § 1, 2°, a), du décret, elle soumet le cas échéant au Gouvernement - dans la mesure où la plainte est fondée - une proposition motivée quant à l'application, à la partie incriminée, d'une des sanctions administratives énumérées à l'article 120 du décret.

(7) L'avis est notifié

1° par recommandé à la partie plaignante et à la partie incriminée dans les 8 jours de l'adoption en chambre consultative;

2° au Parlement de la Communauté germanophone;

3° au Gouvernement.

Article 33

Impulsions et propositions visées à l'article 114, § 1, 5°, du décret

(1) Les impulsions et propositions formulées conformément à l'article 114, § 1, 5°, du décret sont adressées par écrit au président et consignées dans un registre spécial.

(2) L'agent de suivi les notifie aux membres de la chambre consultative avec la convocation à la séance suivante.

La chambre consultative a la prérogative de rendre ou non d'initiative un avis allant dans le sens de l'impulsion ou de la proposition.

Article 34

Autres avis et rapports

Les comités techniques visés à l'article 23, alinéa 2, élaboreront les avis et rapports suivants :

- des règlements déontologiques types, conformément à l'article 114, § 1, 3°;
- des avis concernant le contenu des programmes ainsi que la programmation générale du BRF, conformément à l'article 114, § 1, 4°, a);
- des avis concernant d'autres thèmes relatifs aux médias que le Gouvernement soumet à la chambre consultative, conformément à l'article 114, § 1, 4°, b);
- un rapport sur le paysage médiatique de la Communauté germanophone, conformément à l'article 114, § 1, 6°.

CHAPITRE VI. — *Assemblée plénière*

Article 35

Principe

L'assemblée plénière siège au moins deux fois par an, pour approuver le rapport d'activité et le plan de financement.

Article 36

Votes

L'article 22 de ce règlement s'applique mutatis mutandis aux votes de l'assemblée plénière.

CHAPITRE VII. — *Dispositions finales*

Article 37

Entrée en vigueur

Ce règlement d'ordre intérieur entre en vigueur le jour de son approbation par le Gouvernement.

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement du 15 mai 2007 portant approbation du règlement d'ordre intérieur du Conseil des médias de la Communauté germanophone.

Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux
K.-H. LAMBERTZ

La Ministre de la Culture et des Médias, de la Protection des Monuments, de la Jeunesse et des Sports
Mme I. WEYKMANS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2007 — 3704

[C — 2007/33063]

15 MEI 2007. — Besluit van de Regering houdende goedkeuring van het huishoudelijk reglement van de mediaraad van de Duitstalige Gemeenschap

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 27 juni 2005 over de radio-omroep en de filmvoorstellingen, inzonderheid op artikel 86, § 1, tweede zin;

Op de voordracht van de Minister bevoegd inzake Media;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. Het huishoudelijk reglement van de Mediaraad van de Duitstalige Gemeenschap, op 18 april 2007 aangenomen, wordt goedgekeurd. Het wordt als bijlage bij dit besluit bekendgemaakt.

Art. 2. Dit besluit treedt in werking de dag waarop het wordt aangenomen.

Art. 3. De Minister bevoegd inzake Media is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 15 mei 2007.

De Minister-President, Minister van Lokale Besturen

K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Cultuur en Media, Monumentenzorg, Jeugd en Sport

Mevr. I. WEYKMANS

Bijlage bij het besluit van de Regering van 15 mei 2007 houdende goedkeuring van het huishoudelijk reglement van de mediaraad van de Duitstalige Gemeenschap
Huishoudelijk reglement van de mediaraad van de Duitstalige Gemeenschap overeenkomstig artikel 86 van het decreet van 27 juni 2005 over de radio-omroep en de filmvoorstellingen

HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen*

Artikel 1

Definities

In de zin van dit huishoudelijk reglement dient te worden verstaan onder :

- Regering : de Regering van de Duitstalige Gemeenschap;
- begeleidingsambtenaar : het personeelslid van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap belast met de opvolging van de Mediaraad;
- plenaire vergadering : de beslissings- en advieskamers die samen zetelen;
- decreet : het decreet van 27 juni 2005 over de radio-omroep en de filmvoorstellingen.

Artikel 2

Zetel, correspondentieadres

- (1) De zetel van de Mediaraad van de Duitstalige Gemeenschap is gevestigd in Eupen.
- (2) De kamers vergaderen op de zetel van de Mediaraad of aan het door de voorzitter bepaald oord.
- (3) Het correspondentieadres is « Gospertstraße 1 in 4700 Eupen ».

Artikel 3

Algemene opdrachten

(1) De Mediaraad is een onafhankelijke administratieve overheid met de rechtspersoonlijkheid die onder het rechterlijk toezicht van de Regering staat overeenkomstig artikel 96 van het decreet. De opdrachten van de Mediaraad voortvloeiend uit het decreet van 27 juni 2005 over de radio-omroep en de filmvoorstellingen. Onverminderd artikel 89 van het decreet verdedigt de Mediaraad bij de uitoefening van deze opdrachten de belangen van de collectiviteit.

(2) Overeenkomstig artikel 94 van het decreet werkt de Mediaraad samen met overige regelgevende instanties in de uitoefening van de hem toegewezen opdrachten.

Artikel 4

Onafhankelijkheid

- (1) De leden van de Mediaraad zijn niet door instructies gebonden.
- (2) Om de onafhankelijkheid van de leden van de Mediaraad en de vertrouwelijkheid van de zittingen te waarborgen, zijn de beraadslagingen en stemmingen geheim.
- (3) Onverenigbaarheden dienen door het betrokken lid aan de voorzitter van de Mediaraad te worden medegedeeld. De voorzitter stelt de vroegtijdige beëindiging van het mandaat van een lid vast en deelt dit aan de Regering mede.

Artikel 5

Beroeps- en handelsgeheim

De werkende leden, plaatsvervangende leden, leden met raadgevende stem van de Mediaraad alsmede de begeleidingsambtenaar en de deskundigen zijn onderworpen aan het beroeps- en handelsgeheim voor de feiten waarvan ze kennis hebben gekregen bij de uitvoering van hun opdrachten voor de Mediaraad. Dit geldt ook na de stopzetting van hun activiteit.

Artikel 6

Beroepsethiek

- (1) De leden van de beslissingskamer zijn niet door instructies gebonden in de uitoefening van hun opdrachten.
- (2) Stelt een lid van de beslissingskamer vast dat een lid zich in een belangenconflict bevindt, moet het dit vóór de beraadslaging over het betrokken agendapunt op een geschikte wijze bekend maken.
- (3) Het betrokken lid neemt de wraking aan of geeft desgevallend de redenen voor zijn weigering aan. Wordt de weigering door de andere leden van de beslissingskamer aangenomen, dan kan de beslissingskamer rechtsgeldig beraadslagen.
- (4) Wordt een belangenconflict bij een reeds genomen beslissing vastgesteld, dan kan de betrokken beslissing worden ingetrokken overeenkomstig de beginselen van de intrekking van administratieve akten.

Artikel 7

Oproeping en verloop van de zittingen

- (1) De voorzitter roept op tot de zittingen van de kamers en van de plenaire vergadering en leidt ze.
- (2) De oproepingsbrief wordt ten minste 10 werkdagen vóór de zitting van de beslissingskamer en ten minste 15 werkdagen vóór de zitting van de advieskamer of van de plenaire vergadering betekend. De termijn wordt in juli en augustus met 5 werkdagen verlengd.
- (3) De voorzitter moet telkens tot een zitting oproepen, wanneer twee leden van de beslissingskamer resp. meer dan de helft van de leden van de advieskamer erom verzoeken. Het verzoek dient schriftelijk bij de voorzitter te worden ingediend en bevat :
 - 1° de op de agenda van de zitting te plaatsen punten;
 - 2° een rechtvaardiging van de verschillende punten;
 - 3° de documenten die voor de besluitvorming nuttig zijn alsmede
 - 4° het beslissingsontwerp uitgewerkt voor de beslissingskamer resp. het adviesontwerp uitgewerkt voor de advieskamer.
- De voorzitter moet de advieskamer en de beslissingskamer binnen een termijn van 15 werkdagen resp. 10 werkdagen bijeenroepen.
- (4) De oproeping wordt schriftelijk, per fax, E-mail of door andere door het lid, plaatsvervangend lid of lid meet raadgevende stem aangenomen medium toegestuurd.
- (5) De oproepingsbrief vermeldt en/of bevat :
 - 1° de vergaderplaats, -datum en -tijd;
 - 2° de agenda alsmede een afschrift van het (de) verzoek(en) m.b.t. de agenda die de leden overeenkomstig artikel 7, lid 3, van dit huishoudelijk reglement bij de voorzitter hebben ingediend;
 - 3° de documenten die nodig zijn voor de beraadslaging en de besluitvorming;
 - 4° het beslissingsontwerp uitgewerkt voor de beslissingskamer resp. het adviesontwerp uitgewerkt voor de advieskamer.
- (6) Een verhinderd lid moet de voorzitter, zijn plaatsvervanger en de begeleidingsambtenaar onmiddellijk verwittigen.

Artikel 8

Plaatsvervangende leden

- (1) Voor de toepassing van dit huishoudelijk reglement worden de plaatsvervangende leden in principe met werkende leden gelijkgesteld.
- (2) Een plaatsvervangend lid mag slechts aan een zitting deelnemen als het werkend lid verhinderd is.

Artikel 9

Agenda

- (1) De agenda's van de kamers resp. van de plenaire vergadering worden door de voorzitter vastgelegd, onverminderd artikel 7, lid 3, van dit huishoudelijk reglement.
- (2) De leden van de advieskamer kunnen erom verzoeken dat de agenda van de advieskamer gewijzigd of aangevuld wordt. Het verzoek dient bij de voorzitter ten minste 5 werkdagen vóór de zittingsdatum te worden ingediend en de noodzakelijke documenten en inlichtingen bevatten.

Bij het begin van de zitting maakt de voorzitter de verzoeken bekend. Een verzoek wordt slechts behandeld als

 - 1° meer dan de helft van de leden aanwezig zijn en
 - 2° ten minste 2/3 van de aanwezige leden het ermee eens zijn.
- (3) De kamers en de plenaire vergadering kunnen beslissen over een agendapunt niet te beraadslagen. De beslissing om een agendapunt niet te behandelen of uit te stellen, mag slechts worden genomen als
 - 1° meer dan de helft van de leden aanwezig zijn;
 - 2° ten minste 2/3 van de aanwezige leden het ermee eens zijn.
- (4) Als de agendapunten wegens tijdsgebrek niet kunnen worden behandeld, dan moeten ze op de agenda van de opvolgende zitting worden opgenomen.

Artikel 10

Quorum

- (1) De kamers en de plenaire vergadering kunnen geldig beraadslagen als
 - 1° de bijeenroeping regelmatig gebeurd is en
 - 2° meer dan de helft van de leden aanwezig zijn.
- (2) Bij het begin van de zittingen en vóór elke stemming stelt de voorzitter het aanwezigheidsquorum vast. Wordt het quorum niet bereikt, schorst de voorzitter de zitting op voor een maximale duur van 60 minuten. Is het quorum bij de hervatting nog altijd niet bereikt, dan sluit de voorzitter de zitting. De agendapunten worden op de agenda van de opvolgende zitting opgenomen. Bij deze nieuwe zitting kan de advieskamer of de plenaire vergadering geldig beraadslagen, welk het aantal aanwezige leden ook mag zijn.

(3) Deze bepaling laat artikel 98, zin 2, van het decreet (beslissingen die bij dringende noodzakelijkheid door de voorzitter worden genomen) onverlet.

Artikel 11

Beraadslagingen

(1) De voorzitter opent de beraadslaging over de verschillende agendapunten van de beslissingskamer, de advieskamer resp. de plenaire vergadering of de commissies.

(2) Tijdens de zitting wordt het woord verleend in de volgorde van de verzoeken.

(3) De voorzitter sluit de beraadslaging over een agendapunt als

1° niemand meer het woord wenst te nemen over dat punt. De voorzitter kan de leden erom verzoeken zich op een redenaarslijst in te schrijven en deze lijst sluiten;

2° meer dan de helft van de aanwezige leden een verzoek om beëindiging van de beraadslaging goedkeuren.

(4) Verzoeken m.b.t. het huishoudelijk reglement hebben voorrang t.o.v. de inhoudsberaadslagingen; de voorzitter moet deze verzoeken onmiddellijk aan een stemming onderwerpen. Zijn er meerdere verzoeken om beslissing na de inhoudsberaadslagingen, stelt de voorzitter ten eerste vast welk verzoek de breedste draagwijdte heeft en de volgorde waarin de andere verzoeken zullen worden behandeld; overeenkomstig die volgorde zal de eerste stemming het verzoek met de breedste draagwijdte betreffen.

(5) De voorzitter sluit de beraadslagingen.

Artikel 12

Vertrouwelijkheid van de zittingen

(1) De gewone zittingen geschieden in principe met gesloten deuren. Voor uitzonderingen of bepaalde aangelegenheden zal de betrokken kamer beslissen.

(2) Organisatoren of hun vertegenwoordigers kunnen op beslissing van de advieskamer tot de zittingen worden uitgenodigd, voor zover hun programma's betrokken zijn.

Artikel 13

Bij dringende noodzakelijkheid door de voorzitter genomen beslissingen

Overeenkomstig artikel 98 van het decreet kan de voorzitter beslissingen nemen in geval van dringende noodzakelijkheid.

Artikel 14

Activiteitenverslag, bekendmaking

(1) Overeenkomstig artikel 88 van het decreet wordt jaarlijks een activiteitenverslag voorgelegd, dat op geschikte wijze wordt bekendgemaakt. Het verslag heeft betrekking tot de activiteiten van beide kamers.

(2) Elke kamer beslist welke resultaten van haar beraadslagingen in de geschikte vorm worden bekendgemaakt.

(3) Er wordt een website van de Mediaraad opgericht met inachtneming van artikel 105 van het decreet.

Artikel 15

Financieel plan

De voorzitter maakt elk jaar een financieel plan voor het opvolgend kalenderjaar op en legt het aan de plenaire vergadering ter stemming voor.

HOOFDSTUK II. — *Voorzitter van de Mediaraad*

Artikel 16

Opdrachten van de voorzitter

Overeenkomstig artikel 86, § 2, van het decreet vertegenwoordigt de voorzitter de Mediaraad bij gerechtelijke en buitengerechtelijke procedures. Hij zorgt voor de lopende zaken van de Mediaraad, bereidt de beslissingen van de beslissings- en van de advieskamer voor en voert de beslissingen uit. Hij voert de in het decreet en in dit reglement vermelde opdrachten uit.

Artikel 17

Verhinderings van de voorzitter (bij zittingen)

Bij verhindering wordt de voorzitter vertegenwoordigd door

1° de plaatsvervangende voorzitter van de beslissingskamer bij zittingen van deze kamer;

2° de voorzitter van de bestendige commissie bij de zittingen van de advieskamer en van de plenaire vergadering.

HOOFDSTUK III. — *Beslissingskamer van de Mediaraad*

Artikel 18

Zittingen van de beslissingskamer

De beslissingskamer komt naar behoefte bijeen, echter ten minste driemaal per jaar.

Artikel 19

Stemmingen en schriftelijke procedure

(1) De beslissingen van de beslissingskamer worden overeenkomstig artikel 98 van het decreet genomen.

(2) Tussen de zittingen van de beslissingskamer kunnen beslissingen via de schriftelijke procedure worden genomen. De schriftelijke procedure wordt door de voorzitter ingeleid.

Artikel 20

Notulen

(1) Voor alle zittingen van de beslissingskamer worden notulen opgesteld die ten laatste samen met de oproepingsbrief m.b.t. de opvolgende zitting betekend en de leden als gescheiden agendapunt ter goedkeuring voorgelegd worden. De goedgekeurde notulen worden door de voorzitter ondertekend en in een bijzonder register opgetekend.

(2) Alle notulen moeten volgende gegevens vermelden :

- 1° de vergaderplaats en -tijd;
- 2° de naam van de aanwezige leden;
- 3° de naam van de afwezige, al dan niet geëxcuseerde leden;
- 4° de bij het begin van de zitting aangenomen agenda;
- 5° de tekst van de genomen beslissingen;
- 6° de uitslag van de stemmingen;
- 7° de eventuele uitstelling van agendapunten die bij tijtekort niet konden worden behandeld.

HOOFDSTUK IV. — *Advieskamer van de Mediaraad*

Artikel 21

Zittingen van de advieskamer

De advieskamer komt naar behoefte bijeen, echter ten minste driemaal per jaar.

Artikel 22

Stemmingen

(1) Onafhankelijk van hun aard worden de beslissingen en adviezen met de meerderheid der stemmen van de aanwezige leden genomen, waarbij de stem van de voorzitter bij staking der stemmen beslissend is overeenkomstig artikel 115 van het decreet; de stemonthoudingen zijn niet toegelaten. Wordt geen meerderheid van stemmen noch een staking der stemmen bereikt in de groep van de exploitanten in de mediasector of in de groep van de mediagebruikers, is de betrokken groep ertoe gemachtigd een minderheidsadvies uit te brengen.

(2) In principe geschieden de stemmingen bij handopsteken. Op verzoek van de voorzitter of van ten minste de helft van de aanwezige leden dient over een verzoek om beslissing met gesloten deuren gestemd te worden.

(3) De beslissing is onmiddellijk van kracht en behoeft niet de goedkeuring van de overeenkomstige notulen, tenzij het uitdrukkelijk bepaald is.

Artikel 23

Commissies

(1) De advieskamer richt in haar schoot een bestendige commissie op met het oog op de behandeling van de aan de advieskamer gerichte

a) verzoeken m.b.t. het afgeven van een voorafgaand advies m.b.t. beslissingen van de Regering overeenkomstig artikel 114, § 1, 1°, van het decreet (erkenning, lijst van de buitengewone evenementen, verzet tegen en verbod van uitzending, gebruik van het open kanaal);

b) bezwaren in de zin van artikel 114, § 1, 5°, van het decreet.

(2) Met het oog op de voorbereiding van de beslissingen en adviezen die de advieskamer in het kader van de haar toegewezen opdrachten moet nemen, kan deze vakcommissies oprichten. Bij de oprichting van de vakcommissies legt de kamer de opdrachten ervan vast.

(3) De bestendige commissie en de vakcommissies bestaan uit vier leden, onder wie twee uit de groep van de aanbieders in de mediasector en twee uit de groep van de mediagebruikers. In elke commissie moeten de vrouwen in verhouding tot hun aantal binnen de advieskamer vertegenwoordigd worden. De voorzitter wordt in de schoot van elke commissie aangewezen.

Stelt een lid vast dat het persoonlijk of een ander lid zich in een belangenconflict bevindt, moet het dit vóór de beraadslaging bekendmaken en mag niet vergaderen.

(4) De voorzitter van de commissie roept op tot de zittingen van de betrokken commissie, legt er de agenda van vast en leidt ze. De zittingen van de commissies geschieden met gesloten deuren.

De commissies kunnen externe deskundigen uitnodigen om hun beraadslagingen bij te wonen.

(5) De beslissingen van de commissies worden met eenvoudige meerderheid van de aanwezige leden genomen.

(6) Adviesontwerpen die door de commissies zijn uitgewerkt, moeten door ten minste drie leden van de betrokken commissie worden ondertekend. Ze worden aan de leden van de advieskamer als beslissingsbasis betekend, samen met de oproeping tot de zitting waarin het advies op de agenda staat.

Artikel 24

Notulen

(1) Voor elke zitting van de advieskamer stelt de begeleidingsambtenaar notulen op die ten laatste samen met de oproepingsbrief m.b.t. de opvolgende zitting betekend en de leden als gescheiden agendapunt ter goedkeuring voorgelegd worden. De goedgekeurde notulen worden door de voorzitter en de begeleidingsambtenaar ondertekend en in een bijzonder register opgetekend.

(2) Is de begeleidingsambtenaar verhinderd, dan worden de notulen door het jongste aanwezige lid opgesteld.

(3) Alle notulen moeten volgende gegevens vermelden :

- 1° de vergaderplaats en -tijd;
- 2° de naam van de aanwezige leden, van de plaatsvervangende leden en van de aanwezige leden met raadgevende stem;
- 3° de naam van de afwezige, al dan niet geëxcuseerde leden;
- 4° de bij het begin van de zitting aangenomen agenda;
- 5° de tekst van de genomen beslissingen en adviezen;
- 6° de tekst van de overeenkomstig artikel 115, lid 2, van het decreet uitgebrachte minderheidsadviezen;

- 7° een samenvatting van de standpunten der leden en leden met raadgevende stem
- 8° de uitslag van de stemmingen en
- 9° de eventuele uitstelling van agendapunten die bij tijdtekort niet konden worden behandeld.

Artikel 25

Adviezen

Alle beslissingen van de advieskamer worden door de voorzitter en de begeleidingsambtenaar ondertekend en in een bijzonder register opgetekend.

HOOFDSTUK V. — *Werkwijze**Afdeling 1. — Beslissingskamer*

Artikel 26

Marktdefinitie- en -analyse

(1) Overeenkomstig artikel 65 van het decreet voert de beslissingskamer de raadplegingen bedoeld in artikel 103 uit teneinde de relevante diensten en relevant geografische markten vast te leggen. De voorzitter kan één of meerdere verslaggevers in de schoot van de beslissingskamer aanwijzen en ze met de organisatie van een openbaar verhoor en met de uitwerking van een beslissingsontwerp belasten.

(2) Na de relevante markten te hebben gedefinieerd, voert de beslissingskamer een analyse uit om na te gaan of een efficiënte mededinging wel bestaat op de geanalyseerde markt. Te dien einde kan de voorzitter één of meerdere verslaggevers in de schoot van de beslissingskamer aanwijzen die hun conclusies binnen de drie maanden zullen meedelen.

(3) Bestaat er geen efficiënte mededinging, dan geldt artikel 66, lid 1, van het decreet. De voorzitter kan één of meerdere verslaggevers in de schoot van de beslissingskamer aanwijzen die ermee belast zijn de raadplegingen bedoeld in artikel 103 van het decreet uit te voeren en een beslissingsontwerp uit te werken.

(4) Bestaat er efficiënte mededinging, dan geldt artikel 66, lid 2, van het decreet.

Artikel 27

Buitenrechtelijke beslechting van geschillen

Overeenkomstig artikel 99 van het decreet verleent de beslissingskamer haar bemiddeling bij de buitenrechtelijke beslechting van geschillen.

Artikel 28

Beslechting van geschillen tussen ondernemingen

Overeenkomstig artikel 100 van het decreet verleent de beslissingskamer haar bemiddeling bij de beslechting van geschillen tussen ondernemingen.

Artikel 29

Overeenkomstig artikel 121 van het decreet uitgevoerd onderzoek

(1) Bij initiatiefonderzoek overeenkomstig artikel 121 van het decreet is artikel 102 van het decreet van toepassing.

(2) De beslissingskamer beslist in afwezigheid van de begeleidingsambtenaar.

(3) De met redenen omklede beslissing van de beslissingskamer wordt aan de betrokkene(n) medegedeeld en overeenkomstig artikel 14 van dit huishoudelijk reglement bekendgemaakt.

Afdeling 2. — Advieskamer

Artikel 30

Adviezen bedoeld in artikel 114, § 1, 1°, van het decreet

(1) De aan de advieskamer gerichte verzoeken m.b.t. het afgeven van een voorafgaand advies m.b.t. beslissingen van de Regering overeenkomstig artikel 114, § 1, 1°, van het decreet (erkenning, lijst van de buitengewone evenementen, verzet tegen en verbod van uitzending, gebruik van het open kanaal) dienen schriftelijk bij de voorzitter ingediend te worden en worden in een bijzonder register opgetekend.

(2) De voorzitter belast de in artikel 23, lid 1, vermelde bestendige commissie ermee het adviesontwerp uit te werken. Dit ontwerp wordt als beslissingsbasis betekend, samen met de oproeping tot de zitting waar het advies op de agenda staat.

(3) Overeenkomstig artikel 114, § 2, van het decreet moeten deze adviezen binnen de drie maanden na het verzoek erom aan de Regering worden voorgelegd.

Artikel 31

Adviezen bedoeld in artikel 114, § 1, 2°, van het decreet

(1) De advieskamer gaat na

a) uit eigen beweging, overeenkomstig artikel 114, § 1, 2°, a);

b) op verzoek van de Regering, overeenkomstig artikel 114, § 1, 2°, b), van het decreet;

c) op verzoek van een natuurlijke of rechtspersoon, overeenkomstig artikel 114, § 1, 2°, c), van het decreet of er een overtreding van de bepalingen van het decreet of van de bepalingen tot uitvoering ervan bestaat.

(2) De verzoeken om advies dienen schriftelijk bij de voorzitter te worden ingediend. Deze verzoeken en de initiatiefonderzoeken worden in een afzonderlijk register opgetekend.

(3) De begeleidingsambtenaar laat de aanvrager onmiddellijk een ontvangstbewijs toekomen dat hem over het verloop van de procedure informeert. Hij deelt de aangeklaagde partij de ontvangdatum alsmede de inhoud van het verzoek mede en nodigt haar uit binnen de gestelde termijn schriftelijk stelling te nemen.

(4) Bij initiatiefonderzoek overeenkomstig artikel 114, § 1, 2°, a), van het decreet deelt de begeleidingsambtenaar de aangeklaagde partij de haar verweten overtreding van de bepalingen van het decreet resp. van de bepalingen tot uitvoering ervan mede. Hij informeert haar over het verloop van de procedure.

(5) De bestendige commissie bedoeld in artikel 26, lid 1, gaat na of er een overtreding is. Zij nodigt de aangeklaagde partij uit, desgevallend binnen een bepaalde termijn, bijkomende inlichtingen te verschaffen. Ze hoort de betrokkene aan.

Artikel 32

Bezwaren bedoeld in artikel 114, § 1, 5°, van het decreet

(1) De bezwaren bedoeld in artikel 114, § 1, 5°, van het decreet worden aan de voorzitter schriftelijk gericht en in een bijzonder register opgetekend. De begeleidingsambtenaar gaat na of er een overtreding van de bepalingen van het decreet of de bepalingen tot uitvoering ervan is. Anonieme bezwaren worden niet in aanmerking genomen.

(2) De begeleidingsambtenaar laat de aanvrager en/of de klager onmiddellijk een ontvangstbewijs toekomen dat hem over het verloop van de procedure informeert. Hij nodigt hem uit, desgevallend binnen een bepaalde termijn, schriftelijk stelling te nemen.

Na ontvangst van het bezwaar resp. van de gevraagde bijkomende inlichtingen deelt de begeleidingsambtenaar de aangeklaagde partij de ontvangst en de inhoud van het bezwaar mede dat tegen haar is ingediend en verzoekt haar, binnen een bepaalde termijn, schriftelijk stelling te nemen.

(3) De begeleidingsambtenaar deelt het dossier mede aan de in artikel 23, lid 1, van dit huishoudelijk reglement vermelde bestendige commissie van de advieskamer samen met alle documenten.

(4) De bestendige commissie hoort de betrokkene aan. Ze beslist tijdens de zitting waar de bezwaren haar aanhangig worden gemaakt, of - en zo ja welke - bijkomende onderzoeksverrichtingen noodzakelijk zijn. Te dien einde worden de partijen erom verzocht, de advieskamer de noodzakelijke inlichtingen te verstrekken en alle vereiste documenten te overhandigen.

(5) Na de vooronderzoeken stelt de bestendige commissie een adviesontwerp over de ingediende bezwaren op; dit advies zal de advieskamer bij haar volgende zitting, in het kader van de door de voorzitter voor te leggen agenda, met het oog op beraadslaging worden voorgelegd.

(6) De advieskamer

(a) brengt een advies over de bezwaren uit;

(b) beslist, voor zover het bezwaar gegrond is, of zij met toepassing van artikel 114, § 1, 2°, a), van het decreet de Regering een met redenen omkleed voorstel tot toepassing van één der in artikel 63 van het decreet bedoelde administratieve sancties al dan niet oplegt aan de aangeklaagde partij.

(7) Het advies wordt

1° per aangetekende brief aan de klager en aan de aangeklaagde partij binnen 8 dagen na de goedkeuring ervan door de advieskamer;

2° aan het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap;

3° aan de Regering betekend.

Artikel 33

Suggesties en voorstellen bedoeld in artikel 114, § 1, 5°, van het decreet

(1) Overeenkomstig artikel 114, § 1, 5°, van het decreet geformuleerde suggesties en voorstellen worden schriftelijk bij de voorzitter ingediend en in een bijzonder register opgetekend.

(2) De begeleidingsambtenaar betekend ze aan de leden van de advieskamer samen met de oproeping tot de volgende zitting.

De advieskamer heeft het prerogatief om op eigen initiatief een advies in de zin van de suggestie of van het voorstel al dan niet af te geven.

Artikel 34

Overige adviezen en verslagen

(1) De vakcommissies bedoeld in artikel 23, lid 2, moeten volgende adviezen en verslagen uitwerken :

— « modelontwerpen voor plichtenleervoorschriften », overeenkomstig artikel 114, § 1, 3°;

— adviezen over de inhoud van de programma's en de algemene programmatie van het BRF, overeenkomstig artikel 114, § 1, 4°, a);

— adviezen over andere thema's i.v.m. de media die de Regering aan de advieskamer voorlegt, overeenkomstig artikel 114, § 1, 4°, b);

— een verslag over het medialandschap van de Duitstalige Gemeenschap, overeenkomstig artikel 114, § 1, 6°.

HOOFDSTUK VI. — *Plenaire vergadering*

Artikel 35

Beginsel

De plenaire vergadering komt ten minste tweemaal per jaar bijeen om het activiteitenverslag en het financieel plan goed te keuren.

Artikel 36

Stemmingen

Voor de stemmingen van de plenaire vergadering is artikel 22 van dit huishoudelijk reglement mutatis mutandis van toepassing.

HOOFDSTUK VII. — *Slotbepalingen*

Artikel 37

Inwerkingtreding

Voorliggend huishoudelijk reglement treedt in werking de dag waarop het wordt goedgekeurd.

Gezien om te worden gevoegd bij het besluit van de Regering van 15 mei 2007 tot goedkeuring van het huishoudelijk reglement van de Mediaraad van de Duitstalige Gemeenschap.

De Minister-President, Minister van Lokale Besturen

K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Cultuur en Media, Monumentenzorg, Jeugd en Sport

Mevr. I. WEYKMANS